

GRÜN DO

GRÜNE in Dortmund

FÜR MEHR DURCHBLICK!

AUCH IN DER KÜCHE: REINEN TISCH MACHEN!

Nr.18
JUNI
2015

WWW.GRUENE-DORTMUND.DE



Endlich, so möchte man sagen, endlich eine Grindo, die nicht im Zeichen eines Wahlkampfes steht, eine Grindo, die wieder ganz thematisch ausgerichtet ist. Die Zeit zwischen der letzten Stimmauszählung und dem nächsten Programmentwurf wollen wir nutzen, um unsere Themen weiter zu entwickeln.



Eine Studie des Landesverbands, recht aufwendig betrieben mit vielen Parametern und komplexen Koordinatensystemen (nachzulesen im Wurzelwerk), erbrachte eine Reihe von ausbaufähigen Themen, die als „versteckte Chancen“ ein „weiteres Wählerpotential“ ansprechen könnten. Hierzu zählen das schulpolitische Themenfeld (mit Fragen zum gemeinsamen Lernen, zur Inklusion und zum Ganztag), das Themenfeld „Bürgerbeteiligung und Mobilität“ und schließlich auch das Themenfeld „gesundes Leben“. Somit also soll es in dieser Grindo rund um das Thema gesunde Ernährung gehen.



Wie erfolgreich die menschlichen Verdrängungsmechanismen doch sein können! Die Diskrepanz zwischen dem, was gammelt, in Massen leidet und hormonell zugespritzt wurde, zur Unaufgeregtheit, mit der im Alltag den Ergebnissen unserer ernährungswirtschaftlichen Produktion begegnet wird, lässt einen manchmal schon verzweifeln. Und doch setzen wir darauf, dass das kritische Reflexionsvermögen noch lange nicht mitverdaut oder eingepellt wurde. Die Entwicklungen der letzten Jahre geben uns auch Recht. Viele wissen längst schon zwischen LandWIRTSCHAFT und LANDwirtschaft zu unterscheiden. Und gerade wir GRÜNE haben

dazu beigetragen, dass die Sorgen um den Verbraucherschutz nicht in irgendwelchen ökologischen Nischen diskutiert und ausgelebt werden, sondern im Zentrum der Gesellschaft angekommen sind.



Mit dem Thema gesunde Ernährung bewegen wir uns also auf den Grundfesten unseres GRÜNEN Wertesystems. Denn die Herausforderungen rund um eine „gesunde Ernährung“ sind in diesem Sinne politische Querschnittsaufgabe:

- » Es geht um ökologische Landwirtschaft, da nur gesunde Produktionsmethoden gesunde Produkte entstehen lassen.
- » Es geht um Transparenz und das Recht aller Bürger*innen auf Information, denn nur eine klare Kennzeichnungspflicht ermöglicht mir erst, die für mich richtige Produktwahl zu treffen.
- » Es geht um die Wahrung und Ausweitung der mittlerweile etablierten Gesundheitsstandards. (Ein weiterer Grund auch das anvisierte Freihandelsabkommen mit den USA abzulehnen; Stichwort Chlorhühnchen)
- » Es geht um einen kritischen Blick auf konsumorientierte Wirtschaftsformen, da gesunde Ernährung für alle möglich sein muss.



Damit wird das „Recht auf gesunde Ernährung“ schließlich auch zu einem sozialpolitischen Auftrag. Gesunde Ernährung muss sich jeder leisten können. Die Billigpizza aus Aldis Tiefkühlparadies darf nicht die Basiseinheit zur Berechnung des entsprechenden Anteils im Hartz-IV-Warenkorb sein!

Es ist also angerichtet, lasst es euch schmecken!

Remo Licandro

Sprecher des Kreisverbands Dortmund

Inhalt

VORWORT: Remo Licandro	2
ARMUT MACHT SOZIALHUNGRIG Wer in unserer Gesellschaft als arm erfasst wird, hungert nach Gemeinschaft	4 - 5
KLIMASCHUTZ IN TOPF UND PFANNE – Ein Kursangebot von BUND und Volkshochschule zum ökologischen Kochen	6 - 7
REFUGEES WELCOME!	8
„NORDWÄRTS“-KAMPAGNE: Klappern gehört zum Handwerk	8
Woher kommt mein Essen?	9
DURCH URBAN GARDENING EINE NEUE WELT PFLANZEN?	10 - 11
TTIP, CETA & CO.: Es geht um die Verteidigung der Demokratie!	12 - 13
TTIP UND KRANKENHAUS	14
DANIELA SCHNECKENBURGER Neue Schul- und Jugenddezernentin, Abschied als MdL	15
BRIEF AUS BERLIN Markus Kurth über die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer	16 - 17
DIE RUHR – ein Grund zum feiern!	17
TERMINE	18
NACHRUF Sabine und Manfred Jockheck	18
AUFNAHMEANTRAG	19
Wer ist Kim Plätz?	19
KONTAKT , TERMINE & IMPRESSUM	20
EIN DANK an Martina Müller	20



ARMUT MACHT SOZIALHUNGRIG

Wer in unserer Gesellschaft als arm erfasst wird, hungert nach Gemeinschaft

Am 17. April trafen sich im Büro des GRÜNEN Kreisverbands zum Gespräch über Ernährung und Armut:

Edeltraud Häger
Dortmunder Tafel e.V.

Werner Lauterborn
GAST-HAUS e.V.,
Ökumenische Wohnungslosen-Initiative

Bernd Büscher
Kana – Dortmunder Suppenküche e.V.

Monika Landgraf
GRÜNES Ratsmitglied, Mitglied im Schulausschuss, im Behindertenpolitischen Netzwerk sowie im Integrationsrat

Christian Nähle
Vorstandsmitglied des Kreisverbands

Christian Nähle: Was bedeutet Ernährung?

Monika Landgraf: Wir müssen durch den Tag kommen. Ernährung ist aber noch mehr. Ernährung ist mein Grundstock für aktives Leben. Ohne ausreichende Ernährung verändert sich mein emotionales Erleben.

Bernd Büscher: Ernährung ist Grundlage für das Leben. Je schlechter es einem geht, desto mehr geht es ums Überleben. Davon ab, wird Nahrung auch mal zelebriert, aber darum geht es im Kern nicht.

Edeltraud Häger: Überleben. Das merken wir bereits bei unserer Zielgruppe, den Armutsgefährdeten.

Werner Lauterborn: Einen schrecklichen Aspekt hat Ernährung in Prestigefragen. Cola und Chips sind unnötige Ernährung. Aber anderen diese präsentieren zu können, bringt Prestige. Zu viele ernähren sich dadurch schlechter, als sie müssten.

Christian Nähle: Was bedeutet Armut?

Edeltraud Häger: Absolute Armut wie in der dritten Welt gibt es hier nicht. Relative Armut schon. Armut wäre jedoch falsch wahrgenommen, wenn sie auf die finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt wäre. Weniger finanzielle Möglichkeiten wirken in andere Bereiche hinein. Beispielsweise in Gesundheit, Familienleben, Wohnkultur und Freizeitgestaltung.

Werner Lauterborn: Neben durchaus häufig vorhandenen persönlichen strukturellen Problemen bedroht Armut Obdachlose existenziell. Das ist unverhältnismäßig.

Monika Landgraf: Bei Menschen im Sozialrechtsbezug sind erhebliche Gesundheitsverluste zu beobachten. Was ein gescheitertes Brot kostet, darf keine Frage sein.

Bernd Büscher: Armut ist stigmatisierend; wer zu unseren Einrichtungen kommt, wird betrachtet, als hätte dieser Mensch bereits ein Stück aufgegeben. Das darf nicht sein.

Christian Nähle:
Was bedeutet Armut für Ernährung?

Monika Landgraf: Vor allem im Kindesbereich darf die Herkunft keine Rolle spielen. Wenn Armut die Ernährung beeinträchtigt, müssen wir korrigierend gestalten.

Bernd Büscher: Wir sehen, dass die Kinder motivierter zu Jugendveranstaltungen kommen, wenn es etwas zu essen gibt. Schlechtere Ernährungsmöglichkeiten zu Hause bedeutet für die Kinder auch, ein Gefühl schlechterer Akzeptanz zu Hause zu erfahren.

Edeltraud Häger: Wir erleben soziale Armut auch in Form von dem schlechten Bewusstsein, Cola und Chips höherwertigen Produkten vorzuziehen, wie beispielsweise Vollkorn. Dabei wird Kindern zusätzlich

eine schlechte Ernährungsbildung zuteil. Dagegen haben wir die Dortmunder Tafel für Kinder. Unter diesem Namen finden sich verschiedene Projekte, die die Versorgung von Kindern aus benachteiligten Familien auch in der Ernährungsbildung verbessern sollen.

Bernd Büscher: Gesunde Ernährung ist für mich kein Thema von armen Leuten. Ethischer Konsum auch nicht.

Werner Lauterborn: Es gibt in der Regel keine perspektivische oder strukturelle Wahrnehmung von Ernährung mehr, wenn jemand hungert.

Monika Landgraf: Armut drückt auch auf das Wohlfühl im Leben und damit auf die psychische Gesundheit. Wir weisen bereits auf diese Zusammenhänge hin. Das reicht natürlich nicht aus. Wir werben aktiv um Mehrheiten, um diesen Zusammenhängen per Ratsbeschluss zu begegnen.

Christian Nähle: Welche Entwicklung nimmt die Armutsernährung?

Edeltraud Häger: In der Schlange vor der Tafel zu stehen ist stigmatisierend. Die Hemmschwelle Hilfe anzunehmen ist aber gesunken. Interessant ist, dass ältere Menschen ihre Armut mehr verstecken wollen, als jüngere. Ich kann das gut verstehen.

Monika Landgraf: Armut isoliert.

Werner Lauterborn: Gemeinschaft ist wichtig. Allerdings soll unser Gasthaus auch Ruheraum sein, denn das Leben auf der Straße ist bedrohlich.

Edeltraud Häger: Die Kunden kennen sich häufig schnell. Sie kommen mitunter sogar deutlich vor der Öffnungszeit, um Gemeinschaft miteinander zu erleben.

Bernd Büscher: Suppenküchen sind der Salon unserer Zeit.



Edeltraud Häger: Die Tafel leistet keine Grundversorgung. Es bereitet mir aber Sorge, dass wir nur einen Teil der eigentlich Berechtigten erfassen.

Christian Nähle: Wie könnten wir Armutsernährung politisch begegnen?

Edeltraud Häger: Es gibt die Befürchtung im Armutsmilieu, dass wenn jemand im Sozialrechtsbezug ist, dass der Leistungsbezug gekürzt werden könnte, wenn karitativ unterstützt wird. Das Sozialsystem wird aber nicht durch unsere Hilfe unterhöhlt. Es ist Teil unserer Aufgabe auf die Armut hinzuweisen, die das Sozialsystem nicht auffängt. Insofern ist Armut für uns auch politisch. Wir betreiben unsere Arbeit jedoch strikt parteilos.

Bernd Büscher: Wir sind misstrauisch gegenüber Parteipolitik. Aber nicht gegenüber der Politik. Ich denke, wir müssten eine andere Gesellschaftsstruktur finden. Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen. Wir brauchen eine tiefe Veränderung.

Werner Lauterborn: Wir müssen das Armutsmilieu zeigen und bewusst machen. Wir sind für Gäste und Besuche offen. Wir wollen diskutieren.

Monika Landgraf: Wir müssen deutlich darauf hinweisen, sonst wird es zu schwach wahrgenommen. Wir müssen laut fragen: Wie machen wir Armut sichtbar? Ich würde mich über einen Besuch Ihrer Einrichtungen freuen.

Christian Nähle: Können wir die Auswirkungen von Armutsernährung sichtbar machen, ohne die Betroffenen in den Fokus zu nehmen?

Bernd Büscher: Wir wollen keinen Zooeffekt. Es will doch niemand beim alltäglichen Mittagessen gefilmt werden.

Werner Lauterborn: Wir haben einen eigenen Schülerarbeitsraum und wir begleiten Schüler und Studenten bei ihrer Arbeit im Gast-Haus.

Monika Landgraf: Ein schöner Ansatz. Einrichtungen prägen unser Erleben.

Werner Lauterborn: Hinter den häufig schlecht dargestellten Gästen, werden auf diese Weise die Menschen sichtbar.

Edeltraud Häger: Zu uns schicken Betriebe auch Auszubildende.

Bernd Büscher: Wir müssen unsere gegenseitigen Formen von Gemeinschaft weiterentwickeln. Wir brauchen gegenseitige Hilferfahrung. Dafür bieten auch wir Schülerpraktika an. Diese Raubtiermentalität des Fortkommens ausschließlich der Einzelnen ist unsozial. Menschen, die ganz unten sind, sind nur strukturell unten. Menschlich können sie der Gesellschaft genauso wie Andere etwas geben.

Werner Lauterborn: Ich erlebe, dass unsere Gäste sich untereinander viel zurückgeben. Das Sozialverhalten untereinander ist enorm. Besonders im Winter stellen wir dies fest. Auf diese und nur auf diese Weise, ist es auch ein schönes Erlebnis zu erfahren, dass es einen Zusammenhalt gibt, der ansonsten in unserer Gesellschaft stark geschwunden ist.

Edeltraud Häger: Wir müssen erkennen, dass mehr Geld für die Betroffenen ihre Situation häufig nicht löst.

Monika Landgraf: Der sozialrechtliche Konsens ist von enorm vielen unterschiedlichen Interessen geprägt. Das betont unsere Forderung, neben Zuwendung auch Rechtsberatung und Wohnhilfe breit zugänglich zu machen.

Christian Nähle: Was sind Ihre Wünsche für Ihre Not lindernde und unsere politische Arbeit?

Bernd Büscher: Wir laden gerne zu unseren Aktionen ein. Und Sie: Fordern Sie soziale Programmatik ein. Darüber hinaus wollen wir finanziell unabhängig bleiben. Wir wollen uns keinem System bedienen, dass wir ablehnen. Wir wollen eine Alternativgesellschaft, keine Parallelgesellschaft. Der Weg dorthin darf aber nicht gewalttätig sein. Wir wollen Gesellschaft durch Strukturen der gegenseitigen Solidarität gestalten.

Werner Lauterborn: Wir wollen glaubwürdig in unserer Kritik sein. Unser Wunsch ist: Wir wollen von öffentlichen Einrichtungen weiterhin keine finanzielle Unterstützung erbitten müssen.

Edeltraud Häger: Wir wollen ebenso weiter finanziell unabhängig bleiben und setzen auf Spenden, Mitgliedsbeiträge und Verkauf. Darüber hinaus wünsche ich mir noch bessere Unterstützung für die Kinder. Sie sind unsere Zukunft. Es muss aber auch bei den Kindern ankommen und darf nicht in der Haushaltskasse verschwinden.

Monika Landgraf: Ein Schritt hierfür ist die Ganztagsverpflegung für Kinder verknüpft mit einem Angebot für Ganztagsunterricht. Denn auch in Dortmund nimmt die soziale Verarmung weiter zu. Eine Spirale, der wir uns gesamtgesellschaftlich stellen müssen.

Werner Lauterborn: Menschen brauchen gerade in ihrer Kindheit Gemeinschaft – wer sie nicht hat hungert – vielleicht ein Leben lang.



KLIMASCHUTZ IN TOPF UND PFANNE

EIN KURSANGEBOT VON BUND UND VOLKSHOCHSCHULE ZUM ÖKOLOGISCHEN KOCHEN

Klimaschutz schmeckt und macht Spaß. Das beweist der BUND Dortmund mit zwei ökologischen Kochkursen pro Jahr in der Volkshochschule. Die Zutaten stammen fast vollständig aus der Region, der Saison und ökologischem Anbau. Bis zu 16 Teilnehmer*innen bereiten in vier Kleingruppen vegetarische und vegane Menüs zu. Der Salat, das Gemüse und Obst wird auf dem Wochenmarkt an Bioständen gekauft. Der Rest in Bioläden.

WIE KAMEN WIR DARAUFG?

Etwa 15 bis 31 Prozent der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen entfallen auf Produktion, Verarbeitung, Vertrieb und Entsorgung von Nahrungsmitteln¹. Etwa 70 Prozent der dabei erzeugten Treibhausgase gehen auf das Konto von tierischen Produkten². Verantwortlich sind insbesondere Kohlendioxid, Methan und Lachgas. Kohlendioxid entsteht durch großflächiges Abholzen der Regenwälder für Viehweiden und Methan durch die Verdauungsgase von Rindern und Schafen. Lachgas ist im Stickstoffdünger für Viehmastfutter enthalten. Beispiel Butter: Bei der Produktion fallen 50- bis 150-mal soviel Treibhausgase an wie für die gleiche Menge Gemüse; es folgen in dieser Negativ-Rangliste

Lammfleisch, Rindfleisch, Sahne, Käse und Schweinefleisch. Vegetarische Ernährung schont also das Klima.

Wer etwas fürs Klima tun will, verwendet biologisch erzeugte Lebensmittel. Sie produzieren bis zu 25 Prozent weniger Treibhausgase als konventionell erzeugte³. Ferner sollte man Freilandgemüse und Obst aus der Saison kaufen. Tomaten im beheizten Unterglasbau verursachen 260-mal so hohe Treibhausgase wie Freilandtomaten⁴.

Um klimaschädliche Transporte zu vermeiden, sollten möglichst regionale Produkte verwendet werden. Hier bieten sich z. B. Hofläden aus der Region an. Eine Liste ist auf den Internetseiten des BUND zu finden⁵. Lebensmittel, die mit dem Flugzeug transportiert werden, verursachen bis zu 300-mal mehr Treibhausgase als Produkte aus der Region und bis zu 80-mal mehr als Nahrungsmittel, die mit dem Schiff transportiert wurden⁶.

Fazit: eine vegetarische Ernährung unter Verwendung von saisonalen und regionalen Bio-Produkten verursacht 38 Prozent weniger Treibhausgase als die hierzulande übliche Ernährungsweise⁷.

ES MUSS AUCH SCHMECKEN!

Ganz konsequent ist das nicht immer durchzuhalten. Da wir der Überzeugung sind, dass eine Ernährung unter Berücksichtigung von Klimaschutz und Ökologie auch lecker sein kann, prüfen wir vorab mit strengem Gaumen, dass das Essen am Ende auch schmeckt. Deswegen haben wir bei unseren Grundsätzen auch ein paar wenige Zugeständnisse gemacht, sonst hätten wir z. B. nicht einmal Pfeffer verwenden können (Regionalität).

Außerdem ist es uns wichtig, dass das gemeinsame Kochen Spaß macht, weshalb wir darauf achten, dass die Zubereitung der Gerichte nicht zu schwierig, aber doch interessant ist.

Wie läuft unser Kurs konkret ab? Unter Anleitung von drei Mitgliedern der BUND-Arbeitsgruppe „Klimaschutz und Energie“ werden mit den Teilnehmer*innen bis zu vier Gerichte mit Vor-, Haupt- und Nachspeise zubereitet. Das gemeinsame Bearbeiten der Lebensmittel, die gegenseitige Hilfe und Unterstützung und die interessante Verwendung und Gestaltung zum Teil ungewohnter Rezepte und Verfahren machen viel Spaß. Bei den bisherigen

vier Kochveranstaltungen hat es uns immer ausgezeichnet geschmeckt. Da wir vorher darum gebeten hatten, Transportgefäße mitzubringen, musste auch noch nie etwas weggeworfen werden, womit wir auch in dieser Hinsicht dem Klimaschutz Rechnung tragen konnten. Immerhin resultieren 11 Prozent der ernährungsbedingten Treibhausgas-Emissionen aus dem Wegwerfen von Lebensmitteln.

Als ökologisch erzeugtes und regionales Produkt schenken wir auch immer unseren „Echt Dortmunder Apfelsaft“ von Dortmunder Streuobstwiesen aus⁸.

Die Kochkurse dauern vier bis fünf Stunden und finden samstags statt. Nächster Termin ist der 24. Oktober 2015. Anmeldung direkt bei der VHS⁹.

Hermann Wölke vom BUND Dortmund erreicht man unter BUNDteam@bund-dortmund.de oder Tel. 0163-8359928.

Weitere Informationen:

BUND-Fleischatlas:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/140108_bund_landwirtschaft_fleischatlas_2014.pdf

¹ WWF Deutschland: Klimawandel auf dem Teller: www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Klimawandel_auf_dem_Teller.pdf

² Ökoinstitut: Treibhausgasemissionen durch Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln: www.oeko.de/oekodoc/328/2007-011-de.pdf

³ Ökoinstitut, 2: CO₂-Einsparpotenziale für Verbraucher - <http://www.oeko.de/oekodoc/1029/2010-081-de.pdf>

⁴ Pensos CO₂-Zähler: <http://www.co2online.de/service/publikationen/co2-zaehler/>

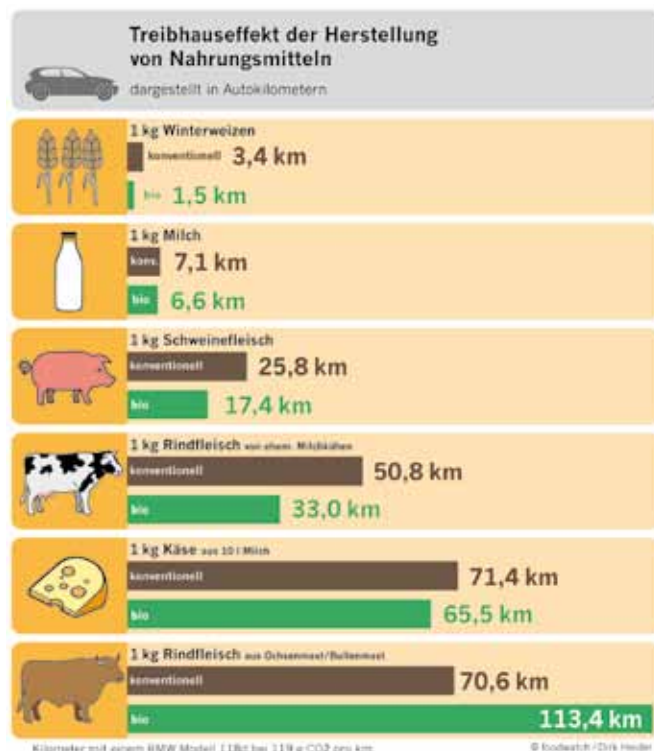
⁵ www.bund-dortmund.de

⁶ TU München: Ökologische und ökonomische Effizienzpotenziale einer regionalen Lebensmittelbereitstellung: <https://mediatum.ub.tum.de/doc/628515/628515.pdf>

⁷ Pensos CO₂-Zähler: <http://www.co2online.de/service/publikationen/co2-zaehler/>

⁸ www.bund-dortmund.de/themen-und-projekte/apfelsaft-streuobst

⁹ www.vhs-dortmund.de



Die Grafiken sind mit freundlicher Genehmigung dem foodwatch-Report „Klimarettter Bio?“ entnommen. Den gesamten Report findet ihr hier: <https://www.foodwatch.org/de/informieren/klimaschutz/mehr-zum-thema/foodwatch-report/>



Aktuell kommen jede Woche circa 50 neue Flüchtlinge nach Dortmund. Sie fliehen vor Krieg, Verfolgung, Terror, Armut. Insgesamt leben zurzeit mehr als 2600 Flüchtlinge und Asylbewerber*innen in unserer Stadt. Und es werden noch mehr.

Wir GRÜNE sagen: Refugees welcome! Wer als Flüchtling kommt, ist in Dortmund willkommen. Und viele andere Dortmunder*innen sehen das auch so. Das zeigt sich an der großen Hilfsbereitschaft in den Übergangseinrichtungen.

Die Unterbringung in Übergangseinrichtungen kann aber nur eine zeitlich begrenzte Notlösung sein. Unser Ziel ist es, möglichst viele Flüchtlinge schnell in eigenen Wohnungen unterzubringen. Momentan leben bereits ca. 1700 Menschen in eigenen oder von der Stadt angemieteten Wohnungen.

Um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern, hat die GRÜNE Fraktion ein ganzes Antragspaket in den Rat eingebracht. Dabei ging es neben der Unterbringung in Wohnungen auch um den Zugang zum Arbeitsmarkt, die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger*innen sowie um die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. Auch wenn die Verwaltung einiges davon in ihr Konzept zur Betreuung von Flüchtlingen aufgenommen hat,

bleiben andere Punkte unbefriedigend. Vollkommen unverständlich ist es z. B., warum der Vorschlag aller Bezirksvertretungen für eine zentrale Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements nicht positiv aufgenommen wird. Viele Menschen bieten ihre Hilfe an, das muss anerkannt und koordiniert werden.

Besonders am Herzen liegt der Ratsfraktion die Gesundheitsversorgung. Flüchtlinge, die länger als 15 Monate in Deutschland sind und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, können bereits jetzt mit der Chip-Karte einer gesetzlichen Krankenkasse einen Arzt oder eine Ärztin ihrer Wahl aufsuchen. Für alle anderen Flüchtlinge ist die medizinische Versorgung problematischer.

In Bremen und Hamburg erhalten Flüchtlinge seit vielen Jahren von Anfang an eine eigene Gesundheitskarte. Sie werden damit den anderen Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen gleichgestellt; das bedeutet eine diskriminierungsfreie und zugleich effektivere Krankenbehandlung.

Zurzeit verhandelt das Land mit den gesetzlichen Krankenkassen über eine dementsprechende Rahmenvereinbarung. Unser Ziel ist es, dass auch Dortmund einer solchen Vereinbarung beiträgt.



„NORDWÄRTS“-KAMPAGNE: KLAPPERN GEHÖRT ZUM HANDWERK

Mit dem Großprojekt „Nordwärts“ will die Stadt das Gebiet nördlich der B1 für die nächsten zehn Jahre in den Fokus rücken: in den Fokus der Bürger*innen, des Rates, der Bezirksvertreter*innen, der Medien – kurz der gesamten Öffentlichkeit.

Dabei verbirgt sich hinter „Nordwärts“ nichts Neues, wohl auch, weil am Ende – trotz eines schönen Namens – doch nicht mehr Geld zur Verfügung steht. Vornehmlich geht es darum, die vorhandenen Projekte bekannt zu machen und zu koordinieren. Damit ist „Nordwärts“ auf den ersten Blick vor allem eine große Marketingkampagne für sieben der insgesamt zwölf Dortmunder Stadtbezirke. Etwas wenig, mag man denken – bei zehn Jahren Laufzeit, einem 70-köpfigen Kuratorium, vier Mitarbeiter*innen und einer beeindruckenden Projektstruktur.

Doch Klappern gehört zum Handwerk und es ist gut, wenn durch „Nordwärts“ die gesamte Arbeit vor Ort – und damit auch Klein- und Kleinstprojekte – sichtbar wird. Gut ist auch, wenn es gelingt möglichst viele Menschen in die Projekte einzubinden. Dadurch würde die Beteiligung – hoffentlich auf Dauer – gestärkt. Und gut ist es auch, wenn über diesen Weg die vielen bestehenden Aktivitäten zusammengefasst und die unterschiedlichen Fördertöpfe – auch für kleine Träger – optimal genutzt werden.

Schon in der Vergangenheit gab es eine Vielzahl an Aktivitäten im Rahmen von Urban II und Stadterneuerung. Trotzdem liegen elf der dreizehn Aktionsräume des Aktionsplans Soziale Stadt im Projektgebiet von „Nordwärts“. Langzeitarbeitslosigkeit ist gerade hier ein großes Problem und auch sozial- und bildungspolitisch braucht es inhaltliche Leuchtturmprojekte

als „Innovationsimpulse“. Es gibt ohne Frage Handlungsbedarf und es ist gut, wenn diese Hälfte des Stadtgebiets die dafür nötige Aufmerksamkeit erhält.

Insgesamt ist „Nordwärts“ deshalb ein gutes Zeichen. Auch wenn der Begriff „Naturschutzgebiete“ in der Vorlage fehlt, obwohl nahezu zwei Drittel der Naturschutzgebiete im Norden liegen. Und es ist auch merkwürdig, wenn zum nachhaltigen Verkehr ausgerechnet der Weiterbau der L 663 n bzw. OW III a zu finden ist.

Trotzdem: Es wäre gut, wenn sich aus „Nordwärts“ tatsächlich ein Innovationschub entwickelt und die Erwartungen und Möglichkeiten am Ende nicht zu sehr auseinanderlaufen.

Die Ratsfraktion



WOHER KOMMT MEIN ESSEN?

Wer wünscht sich das nicht: Lebensmittel aus dem eigenen Garten oder direkt vom Hof „nebenan“. Das ist insbesondere mit Blick auf die Meldungen über Lebensmittelkandale oder tierquälerische Praktiken in der industrialisierten Tierhaltung erstrebenswert. Wenn der Hof dann obendrein auch noch biologisch wirtschaftet, kann ich als Verbraucher*in sicher sein, dass keine Pestizide, chemische Düngemittel oder Genfutter eingesetzt werden. Mit meinem Kaufverhalten kann ich also aktiv bestimmen, wen oder was ich unterstützen möchte.

Für die Förderperiode von 2014 bis 2020 sind zur Förderung ökologischer Produktionsverfahren in der Landwirtschaft 133 Millionen Euro eingeplant worden. Den entsprechenden Entwurf des „NRW-Programms Ländlicher Raum 2014 – 2020“ hat die EU-Kommission genehmigt; die Richtlinien für den Förderzeitraum ab 2015 sind veröffentlicht. Zur Stärkung der Biodiversität hat die Landesregierung NRW Maßnahmen zum Natur- und Tierschutz in der Landwirtschaft sowie den ökologischen Landbau im Jahr 2014 mit rund 42 Millionen Euro gefördert.

Über 80 Prozent der Deutschen lehnen Gentechnik strikt ab. Neun von zehn Menschen legen großen Wert auf gesunde Ernährung, doch der Anteil der Lebensmittelkosten am Gesamteinkommen liegt in Deutschland gerade mal bei 11 Prozent, während er in Frankreich bei 15 Prozent und in Italien bei 19 Prozent liegt.

Und wie sieht es mit der Ernährung nun im Alltag z. B. im Berufsleben aus? Viele Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen essen täglich außer Haus:

in Mensen, Kantinen, Betriebsrestaurants, in Schulen und Kindertagesstätten sowie Seniorenheimen und Krankenhäusern. Doch wie zufrieden sind wir mit diesem Essen? Wissen wir, woher die Lebensmittel kommen? Können wir – angesichts der Preise – mehr erwarten, als satt zu werden? Gibt es auch Kantinen, die regionale Produkte und Fleisch aus artgerechter Tierhaltung verwenden, und ist das dann noch bezahlbar? Welchen Nutzen würde eine Umstellung der Außer-Haus-Verpflegung für Umwelt, Tierschutz, Klimawandel und Zufriedenheit haben?

100-Kantinen-Programm

Im rot-grünen Koalitionsvertrag haben wir festgelegt: „Im Sinne der Stärkung der Regionalvermarktung und zur Unterstützung der artgerechten Tierhaltung werden wir ein 100-Kantinen-Programm auflegen mit dem Ziel, in den nächsten fünf Jahren 100 Kantinen auf eine möglichst hohe Versorgung mit regionalen und artgerechten Produkten umzustellen.“ Dieses Programm wird in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt.

Dabei ist klar, dass die sich freiwillig beteiligenden Verpflegungsbetriebe nicht alle Produkte aus der Region beschaffen können. Doch auch eine teilweise Erhöhung würde die heimische Landwirtschaft und die damit zusammenhängenden Vermarktungsstrukturen stärken sowie die Wertschöpfung in der Region halten. Was aber ist „regional“? Hierzu wird es unterschiedliche Definitionsmöglichkeiten geben. Klar ist jedoch: Die Grenze liegt an den Grenzen unseres Bundeslandes. Jede*r Teilnehmer*in kann darüber hinaus seinen Einkaufsbereich auch enger definieren. Dabei wird es

jedoch nicht ausreichen, dass ein Tier z. B. auf einem NRW-Schlachthof geschlachtet wurde. In die Gesamtbilanz werden neben dem angebotenen Essen auch die Getränke miteinbezogen werden. Ziel des Projektes ist es, Erzeuger, Handel, Verarbeiter und Endverbraucher*innen zusammenzubringen und mehr Bewusstsein für die Herkunft und Produktionsweise „unseres täglichen Brotes“ zu schaffen. Profitieren können alle davon.

Gut wäre es darüber hinaus, wenn all das, was nicht regional beschafft werden kann, aus biologischer Landwirtschaft käme. Auch bei zertifizierten fairen Produkten wäre zumindest die bessere Entlohnung der Bäuerinnen und Bauern aus den Herkunftsländern sichergestellt. In der Summe schaffen Regionalität, kurze Wege und mehr Wissen über die Produktionsweise ein Mehr an Klimaschutz, Transparenz und gegebenenfalls auch Tierschutz. Wie sich das auf die Preiskalkulation auswirken wird, bleibt abzuwarten. Sicher wird in diesem Zusammenhang auch das Angebot von fleischhaltigen zu fleischlosen Gerichten eine wichtige Rolle spielen. Diese Diskussion wurde unlängst geführt und ist auch in einigen Betrieben der Gemeinschaftsverpflegung angekommen. Und schließlich erzeugt ein Kilo Schweinesteak rund zwanzigmal mehr Treibhausgase als ein Kilo Gemüse. Doch selbstverständlich bleibt es am Ende uns selbst überlassen, wie wir uns ernähren wollen.

Mario Krüger und Christine Zechner



DURCH URBAN GARDENING EINE NEUE WELT PFLANZEN?

Tomaten in Säcken, Salat in Plastikboxen, Kräuter und Blumen in Hängetaschen – etwas für Spinner? Nein, das ist die reale Welt, in Dortmund, in über 60 anderen Städten in Deutschland und in vielen anderen Ländern rund um den Globus. Überall wird auf Dächern, Mauern, Grünstreifen, Baumscheiben, Hinterhöfen und sogar Müllecken gebuddelt, gepflanzt und geerntet.

All das ist „Urban gardening“: eine Bewegung, die auch den kleinsten Flecken in der Stadt gärtnerisch nutzt – und deren Wurzeln weit zurück reichen:

Auf Initiative von sozial eingestellten Landesherren (z. B. Landgraf Carl von Hessen 1797/98) wurden anfangs Armengärten angelegt. Und Kleingartenanlagen dienten und dienen noch heute an vielen Orten in Europa und Amerika der Ernährungssicherheit in Kriegs- und Friedenszeiten: Es gab die „Victory gardens“ im Zweiten Weltkrieg, „Community gardens“ seit den 1970er Jahren in New York, und seit 1994 stellt Los Angeles ein Gebiet für angloamerikanische Immigranten zur Selbstversorgung zur Verfügung.

Für wie bedeutsam man die Selbstversorgung durch eigenen Anbau hält, kann man daran erkennen, dass die Humboldt-Universität Berlin schon 2003 einen Lehrstuhl für urbanen Gartenbau eingerichtet hat, der heute Lehrstuhl für „Urbane Ökophysiologie der Pflanzen“ heißt.

Einem vergleichbaren sozialen Ansatz entsprang die Entwicklung der Schrebergärten (so benannt zu Ehren des Arztes Moritz Schreiber) durch den Leipziger Schulrektor Hauschild. 1864 im Johannapark in Leipzig zunächst als Spielwiese gedacht, auf der Kinder von Fabrikarbeitern pädagogisch betreut wurden, erweiterte der Lehrer Gesell den Rand dieses Platzes durch Gärten für Kinder. Aus den „Kindergärten“ wurden „Familienbeete“, die später parzelliert wurden. Und 1869 waren es schon 100 Parzellen.

Und heute hat der Begriff „Schrebergarten“ auch für junge Menschen seine Spießigkeit verloren. Die Schrebergartenbewegung zählt über drei Millionen Kleingärten in Europa (in Dortmund sind es 8155 Gärten),

ist von städtebaulicher, ökologischer, gartenkultureller und sozialer Bedeutung.

» Zu den ökologischen Aspekten gehören der Natur-, Arten- und Umweltschutz, denn 97 Prozent der Gärtner*innen gießen mit Regenwasser, 96 Prozent kompostieren, 54 Prozent betreiben biologischen Obst- und Gemüseanbau, 61 Prozent verzichten auf Kunstdünger und 82 Prozent lehnen chemische Schädlingsbekämpfung ab.

» Ihre städtebauliche Bedeutung erhält die Bewegung durch Auswirkungen wie Lärmverringerung, Staubbindung, Durchgrünung und Verbesserung des Mikroklimas. So gleichen die Gärten den verdichteten Geschosswohnungsbau aus und vernetzen Lebensräume.

Gartenkulturell geht es u. a. um den Austausch und die Weitergabe von Anbaumethoden, um Artenschutz und den Erhalt alter oder kulturtypischer Pflanzen.

» In ihrer sozialen Funktion fördern Kleingärten soziale und generationsübergreifende Beziehungen im Kontakt mit der Natur. Kindern und Jugendlichen werden neue und andere Erlebnisräume eröffnet, Gartenarbeit bietet Entspannung vom Stress der Arbeit, Immigranten können Kontakte knüpfen und sich in das neue Land einfacher integrieren. 7,5 Prozent der Klein- oder Schrebergartennutzer haben einen Migrationshintergrund in Dortmund („interkulturelle Gärten“), Menschen mit Behinderungen können am Vereinsleben teilnehmen und der Isolierung entgegen, Senioren erfahren Sicherheit unter Menschen mit gleichen Interessen.

WIESO ABER WACHSEN TOMATEN UND CO. DANN Z.B. IN SÄCKEN?

Hier kommen die Begriffe „Urban gardening“ und „Gemeinschaftsgarten“ ins Spiel. Beide, die Schrebergartenbewegung und das Urban gardening verfolgen die gleichen Ziele: In den Gemeinschaftsgärten wächst heute bei uns mehr als nur Gemüse. Sie stellen einen sozialen Handlungsraum dar, in dem das Pflanzen und Ernten von Möhren, Radieschen und Co. zwar wichtig sind, in dem es aber in erster Linie um Austausch und soziales Miteinander

geht. Hier wird die Anonymität und soziale Segregation der Großstädte durchbrochen und Nachbarschaftshilfe angeregt.

Deshalb wundert es nicht, wenn Raumplaner sich diesem Trend anschließen und ihn unterstützen.

LASST DIE STADT BLÜHEN! FÜNF WEGE ZUM URBAN GARDENING

1 BLUMENBEETE AM STRASSENRAND

Am Anfang gärtnerischer Bemühungen könnte die Bepflanzung von Baumscheiben am Straßenrand stehen. Das ist zwar eigentlich Aufgabe der Kommunen, diese sind aber dankbar für jede Pflege und Instandhaltung. Das Gärtnern auf kleinstem Raum verschönert das Straßenbild, verbessert im Kleinen das Klima und schafft neue Lebensräume für Schmetterlinge und Insekten. Auch die Stadt Dortmund toleriert diese Minibeete auf Baumscheiben: Infos dazu unter tiefbauamt.dortmund.de dann „Pflege und Unterhaltung des öffentlichen Raums“ klicken, dann „Baumpatenschaften“.

2 BALKONE UND FENSTERBÄNKE

Auf Balkonen reichen erstaunlich kleine Flächen, um Erdbeeren, Tomaten oder Kräuter anzubauen. Dazu gibt es zahlreiche Anleitungen (z. B. blog.mein-Balkonkasten.de oder www.gaertnerblog.de). Für kleines Geld kann man auch ein Hochbeet bauen oder im Gartenbedarf kaufen.

3 MIETBEET

Auch ohne eigenen Garten kann man gesundes Gemüse und Obst „vom Feld“ ernten – Bauern oder kleine Zusammenschlüsse bieten Felder an, auf denen je nach Wunsch bis zu zwanzig Sorten gepflanzt sind. Was zum Gießen und große Gartengeräte werden ebenfalls bereitgestellt. (Siehe dazu die Spalte ganz rechts)

4 KLEIN- UND SCHREBERGÄRTEN

Das Gartenzwergimage ist verschwunden. Die Hälfte aller Neupächter sind Familien mit Kindern. Neben dem Spaß am Gärtnern gibt es Spielmöglichkeiten für Kinder, Gemeinschaftserfahrungen im Kreise Gleichdenkender, und die Chance ökologisch saubere, jahreszeitlich



reifende Lebensmittel zu erzeugen. Um den Gedanken des gemeinschaftlichen Gärtners umzusetzen, kann man auch mit mehreren Parteien einen solchen Garten pachten. www.gartenvereine-dortmund.de verhilft nicht nur zum eigenen Kleingarten sondern auch zu seiner „Wildform“, dem Grabeland.

5 GÄRTNERN MIT ANDEREN (GEMEINSCHAFTSGÄRTNERN)

Das ist der neuere, interessante und praktikable Weg, Natur und Gemeinschaft zugleich zu erfahren. Hier reifen nicht nur Möhren, sondern auch soziales Miteinander und Integration. Unsere Gesellschaft hat nur wenig Orte, wo Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, verschiedene Generationen und Menschen mit und ohne Behinderung Erfahrungen teilen und innerhalb einer Gemeinschaft Alltagsthemen austauschen können.

Ist die Pflanzmöglichkeit zeitlich begrenzt, weil die Fläche im nächsten Jahr bebaut wird, nehmen die „Gärtner“ Säcke, Paletten oder Kisten zur Hand, um mobile Beete zu bepflanzen. Im nächsten Jahr findet sich dann ein neuer interessanter Platz. „Auf diese Weise holen wir uns mit jeder Pflanzaktion wieder ein Stück Natur in unsere Städte“ sagte mir eine Gärtnerin: „So verfolgen wir mit kleinen Projekten große Ziele.“ Kisten und Säcke ermöglichen das Gärtnern auch dort, wo der Boden zu stark belastet ist. Apropos: In Dortmund empfindet sich bei unbekanntem, neuen Orten eigentlich immer eine chemische Bodenuntersuchung vor der ersten Ernte.

ZUR ZEIT INTERESSANTE OBJEKTE IN DORTMUND:

» **BÜRGERGARTEN KLEINE HEROLDSWIESE**, der 2013 im Gefolge einer Bürgerinitiative des Brunnenviertels entstanden ist. Dieses Projekt wurde von zahlreichen städtischen Ämtern (Umweltamt, Büro für Bürgerinteressen und Zivilgesellschaft, der Bezirksvertretung, der Klimaforschungsstelle) der DogeWo, der DEW 21, der AWO u.v.m. unterstützt.

» **QUERBEET HÖRDE** wurde maßgeblich entwickelt von Prof. Michael Roth, sowie Miryam Frixen, Carlos Tobisch und Thomas Scholle vom Planungsbüro

plan-lokal. Hier wuchs auch die Idee zum Gemeinschaftsgarten SchallAcker in Hörde auf dem Gelände des ehemaligen Freibades zwischen Emscher und Phoenix West.

» Besonders spannend sind aus meiner Sicht auch **AQUAPONIKPROJEKTE**, die Fischzucht und Gemüsekulturen in einem Wasser- und Düngerkreislauf erproben.

» In der Nordstadt wird das „**KAIF-PROJEKT**“ aufgelegt („Kaif“ heißt genießen). Mit diesem ungewöhnlichen Projekt sollen Bürger neugierig gemacht und motiviert werden, ihren nördlichen Stadtraum zu gestalten. Führend an dem Projekt beteiligt sind Student*innen und Lehrende des Fachbereichs Design der FH Dortmund unter der Leitung von Radek Vogt. Sie haben Kaifstühle entwickelt und am Borsigplatz aufgestellt, damit die Bürger ihren Stadtteil „genießen“ können. Diese laden zum Ausruhen ein und sind an der Fuß- und der Kopffläche bepflanzt. Weitere Begrünungsaktionen in Richtung „wilde Gärten“ folgen.

» Unter dem Stichwort: „**MEIN HOF – MEIN GARTEN**“ wurden im Innenhof zwischen Oesterholzstraße, Dürener Straße, Schlosserstraße und Borsigplatz Beete angelegt, die in nachbarschaftlicher Arbeit gemeinsam bepflanzt werden.

HABT IHR LUST ZUM GÄRTNERN BEKOMMEN?

Dann könntet ihr folgenden Weg beschreiben: Über das Liegenschaftsamt und das Tiefbauamt kann man eine freie, unbelastete Fläche finden. Zur Anschubfinanzierung in Stadterneuerungsgebieten könnte man die Quartiersbüros ansprechen und als Hilfe bei der Ausführung und Vernetzung „dieUrbanisten.de“. Die Internetseite „urbaneOasen.de“ bildet eine Plattform für Gemeinschaftsgärten in NRW.

Viel Erfolg und noch mehr Spaß dabei, die Natur wieder in unsere Stadt zu holen,

wünscht
Jutta Fuchs,
GRÜNE Bezirksvertreterin in Aplerbeck.

14 KLEINE HÖFE UND ZWEIMAL SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT IN DORTMUND

Die kleinen Bauernhöfe besitzen in der modernen Landwirtschaft gegenüber den großen Agrarunternehmen einen Wettbewerbsnachteil. Die staatlichen Förderprogramme und die Produktionsrichtlinien unterstützen Großbetriebe. Für kleine Betriebe wird es immer schwieriger, Finanzkapital zu erhalten und die Landwirtschaft weiter zu betreiben. Viele Höfe können ihr Überleben nur durch die direkte Vermarktung ihrer Produkte sichern. Dies macht sie bei den Kund*innen beliebt, die Kartoffeln direkt vom Acker, Fleisch aus der eigenen Fleischerei und selbst gepflücktes Obst schätzen. Die aktuelle Broschüre „Bauernhoferlebnisse in der Metropole Ruhr“ des Regionalverbands Ruhr (RVR) präsentiert 72 ausgewählte Höfe, vierzehn davon liegen in Dortmund. (metropoleruhr.de)

Mit der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) steht ein weiteres Modell zur Verfügung, mit dem ein Bauernhof an Banken und Fördertöpfen vorbei an Kapital kommen kann. Die Grundidee ist einfach: Der Hof ernährt die Menschen und alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte. Der direkte persönliche Bezug zueinander bietet sowohl den Erzeuger*innen als auch den Konsument*innen vielfältige Vorteile einer nicht-industriellen, marktunabhängigen Landwirtschaft. In Dortmund gibt es zwei Vereinsinitiativen: Krumme Gurke e.V. und Solawi Dortmund e.V. Letztere verbinden mit ihrem Engagement nicht nur das „gemeinsame Ackern“, sondern auch ein politisches Ziel. Die Satzung benennt die Vereinsaktivitäten als „eine Alternative zur industriellen Nahrungs- und Futtermittelproduktion, die dazu führt, dass große Teile unserer Nahrungsmittel in den Ländern des Südens produziert werden, wo infolgedessen immer weniger Land zur Versorgung der lokalen Bevölkerung zur Verfügung steht.“ (solawi-dortmund.org)

Matthias Dudde ist Ratsmitglied der GRÜNEN.

TTIP, CETA & CO.:

ES GEHT UM DIE VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE!

Seit einigen Wochen hat sich in Berlin und Brüssel die Taktik der Befürworter*innen von Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP geändert. Nach dem Motto „Sand in die Augen streuen“ werden Zugeständnisse gemacht, Probleme kleingeredet und auf die Veröffentlichung von Dokumenten im Internet hingewiesen.

Doch die wirklich wichtigen Dokumente sind weder für die Öffentlichkeit online noch auf andere Weise für Europaabgeordnete einsehbar. Aktuelle Verhandlungsstände in den sensiblen Bereichen bleiben ebenso Verschlussache wie die Verhandlungspositionen und Forderungen der amerikanischen Regierung. Für die Allgemeinheit kommt erschwerend hinzu, dass die Dokumente vor Fachjargon strotzen. Welche Auswirkungen der Abschluss solcher Verträge hätte, können Außenstehende ohne Interpretationshilfe von Expert*innen nicht verstehen. Und darin liegt der Kern des Problems: Die fundierten Fachkenntnisse, die notwendig sind, um sowohl das vorliegende und ausverhandelte Freihandelsabkommen CETA wie auch das ausstehende Abkommen TTIP zu verstehen und Probleme darin zu erkennen, werden bewusst auf Expert*innen außerhalb demokratischer Strukturen übertragen. Auf diese Weise wird eine offene und sachliche Debatte in der Gesellschaft vermieden.

Eine breite und informierte Debatte ist angesichts der weitreichenden Auswirkungen der Freihandelsabkommen aber in einer demokratischen Gesellschaft

unabdingbar. Denn die Folgen von TTIP & Co. gehen bis ins Mark unseres Gemeinwesens. So könnten die Abkommen die Möglichkeiten des demokratischen Handelns auf europäischer wie auf kommunaler Ebene spürbar begrenzen. Solche Verträge schränken auch den Staat ein, effektive Standards im Umwelt- und Sozialbereich zu setzen und weiterzuentwickeln. Demokratische Handlungsmacht würde zugunsten von Unternehmen abgetreten, die vermeiden wollen, dass politische Veränderungen ihr wirtschaftliches Handeln einschränken. Wenn also von CETA- und TTIP-Kritiker*innen vor dem Verlust von Demokratie gewarnt wird, dann hat das einen realen Hintergrund.

Doch unsere Bundesregierung wiegelt ab: CETA und TTIP sollen auf keinen Fall demokratisch verabschiedete Gesetze aushebeln können. So wird auf die USA verwiesen, in denen der Senat den Beschluss fasste, dass es z.B. bei dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP keine Vorschriften geben darf, die Bundes- oder Staatengesetzen in den USA widersprechen. Eine solche Klarstellung muss auch für TTIP und CETA gelten. Zudem muss die Frage gestellt werden, warum eine solche Klarstellung zum Schutz der Demokratie überhaupt nötig ist? Wenn in den USA solche Beschlüsse wegen in Kraft tretender Freihandelsabkommen gefasst werden müssen, so befindet sich die demokratische Legitimation doch schon in der Defensive. Demokratie muss die Spielregeln für Freihandelsabkommen vorgeben und nicht umgekehrt! Die Verhandlungsmandate werden jedoch

nicht in den Parlamenten beschlossen sondern von den Handelsministern der EU hinter verschlossenen Türen.

Die drohende Machtverschiebung von der Allgemeinheit hin zu ökonomischen Einzelinteressen hat in den letzten Monaten immer mehr Menschen auf die Straßen bewegt. Der zunehmende Druck, auch aus den eigenen Reihen, brachte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ins Schleudern. Plötzlich postuliert er, dass keine Sozialstandards abgesenkt und auch keine Umwelt- und Verbraucherschutzstandards ausgehebelt werden dürfen. Außerdem soll es keine Privatisierung der Justiz geben. Über private Schiedsgerichte können schon heute Unternehmen Schadenersatz einklagen, wenn sich Gesetze verändern. Dass sich einige Rechtsanwaltskanzleien mit Spezialkenntnissen dieser Gerichtsbarkeit mit finanziellem Hochgewinn widmen, gehört zur Realität von existierenden Freihandelsabkommen. Auch bei CETA sind die Schiedsgerichtsverfahren bereits ausverhandelt und sollen für die Unternehmen zur Absicherung ihrer Investitionen gelten. Die von der SPD geforderten Nachverhandlungen zu CETA, sind laut EU-Kommission unmöglich. Dabei gilt CETA als Blaupause für TTIP und müsste einer sorgfältigen Kritik unterzogen werden. Trotzdem will Gabriel CETA nun zustimmen.

Nicht nur Gabriel redet heute anders über TTIP als noch vor einem Jahr. Auch in der EU vollzieht sich ein Umschwung in der Kommunikation. Für TTIP hat der EU-Chefunterhändler Ignacio Garcia

Bercero vor kurzem tatsächlich eine neue Linie angekündigt und verspricht bei den Schiedsverfahren „mehr Transparenz, Einspruchsmöglichkeiten für Dritte und eine Berufungsinstanz“. Dies würde dann als ein Erfolg Gabriels und der SPD gewertet werden. Bis Dezember laufen jetzt die Drähte bei der SPD heiß, dann soll auf dem Parteitag über TTIP abgestimmt werden.

Der Rhetorikwandel von Gabriel und Bercero lässt leider noch lange nicht auf einen Sinneswandel der beiden Herren schließen. Eine Argumentationslinie, die die Demokratie in die Offensive stellt und Freihandelsabkommen als Chance für die demokratische Gestaltung des Welthandels erkennt, bleibt weiterhin aus. Dabei könnten Freihandelsabkommen prinzipiell dazu dienen, das Welthandelsregime zu demokratisieren, Normen sinnvoll anzupassen, Verbraucher- und Umweltstandards zu erhöhen, bei Streitigkeiten rechtsstaatliche Standards (Internationaler Handelsgerichtshof) zu gewährleisten und Umwelt- und Arbeitsrechte zu verbessern. Das wäre sehr unterstützenswert. Doch hört man dazu etwas Ernstgemeintes? Gibt es einen öffentlich wahrnehmbaren Vorstoß für die Umsetzung dieser Forderungen? Nein, wir befinden uns permanent in einem Abwehrkampf, um demokratische Verschlechterungen durch TTIP, CETA & Co. zu vermeiden.

Wie die EU-Kommission mit den Sorgen der Menschen um den Verlust von Demokratie umgeht, ist noch ein weiterer Skandal. Arrogant wurden 470.000 Unter-

schriften ignoriert. Doch der Effekt war ein gegenteiliger. Jetzt erst recht, dachten sich die Initiator*innen und sammeln einfach weiter Unterschriften gegen TTIP. Gegenwärtig sind es schon über 1,7 Millionen Unterschriften und noch bis Oktober 2015 wird fleißig weiter gesammelt.

Wo also stehen wir? Erst einmal hat der öffentliche Druck schon eines erreicht: Der Zeitplan für TTIP ist nicht mehr einzuhalten. Was die Spatzen schon längst von den Dächern piffen, wird jetzt konkret:

In den USA verzögern sich die Verhandlungsprozesse. Der dann anstehende Präsidentschaftswahlkampf könnte den Abschluss bis Oktober 2017 aufschieben. Es wird also keinesfalls Ende 2015 mit dem ursprünglich anvisierten Abschluss von TTIP zu rechnen sein.

Zweitens, der öffentliche Druck auf den verschiedenen Ebenen hat zu einem Schwenk in der Kommunikation geführt. Doch Fakten über die Verhandlungsführung zu den oben genannten Punkten wie Standardsetzung und Schiedsgerichtsbarkeit gibt es nicht. Transparenz bleibt Mangelware und der Druck der gut aufgestellten Konzerne auf die Europäische Kommission ist hoch. Da CETA die Blaupause für TTIP und angeblich schon in Stein gemeißelt ist, müssen weiter die Alarmsirenen schrillen.

Mein Fazit heißt auch jetzt, dass TTIP unter diesen Umständen abzulehnen ist. Dazu können die Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten durch Be-

schlüsse der Räte, die sich klar gegen jede weitere Beschränkung kommunaler Selbstverwaltung wehren. In über 150 Orten kamen mit Unterstützung der GRÜNEN solche kritischen Beschlüsse schon zustande. Weitere sollten folgen.

Sven Giegold ist Mitglied der GRÜNEN Fraktion im Europaparlament und Sprecher der Europagruppe GRÜNE.





Die Gesundheitsfürsorge im Krankenhaus ist ein bezeichnendes Beispiel für die Gefährdungen, die von TTIP für die Daseinsfürsorge ausgehen. TTIP bedroht nicht nur die kommunale Selbstverwaltung. TTIP gefährdet unmittelbar die verlässliche und erreichbare Krankenhausversorgung. TTIP unterwirft die Gesundheits- und Krankenhausversorgung der Willkür des Marktes.

Denn im Gesundheits- und Krankenhausbereich erzeugt TTIP einen fundamentalen Bruch zu unserem Rechtsgefüge. In Deutschland ist Gesundheit nicht einfach eine Ware, sondern ein staatlich und kommunal zu sicherndes Grundrecht unseres Sozialstaats. Auf Bundesebene sichern unzählige Standards die Qualität der Krankenhäuser. Auf Landesebene sichert der Krankenhausplan eine geographisch und fachlich ausgewogene Versorgung in der Fläche von der Grund- bis zur Maximalversorgung. Die Kommunen schließlich sind verpflichtet, die Versorgung sicherzustellen: Wenn sich vor Ort kein anderer Träger findet, muss die Kommune sogar selbst ein Krankenhaus übernehmen, um eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Das deutsche Krankenhausrecht sichert einerseits die betriebswirtschaftliche Eigenständigkeit der Kliniken und regelt andererseits ordnungspolitisch die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Ziel ist Bedarfsgerechtigkeit.

TTIP fasst eine Gesundheitsleistung im Krankenhaus dagegen schlicht als „Ware auf einem Markt“ auf. Gesundheits- und Krankenhausleistungen werden aus der Sozial- und Gesundheitsgesetzgebung herausgerissen und in das internationale Wettbewerbsrecht verpflanzt. Die Folgen sind ebenso fundamental wie unübersehbar:

Ein internationaler Krankenhauskonzern dürfte nun ungebremsen Marktzugang verlangen. Jede ordnungspolitisch sinnvolle Bedarfsplanung wird diskreditiert als unzulässige Wettbewerbsbeschränkung. Der Konzern ist frei, sein „Portfolio“ von Waren und Dienstleistungen so anzubieten, wie es ihm profitabel erscheint. In der Orthopädie sind momentan standardisierbare Bandscheiben-, Hüft- und Knieoperationen lukrativ, konservative Orthopädie, Krankengymnastik und Prävention sind es nicht. In der Psychiatrie ist die stationäre Behandlung von Burnout lukrativ, nicht aber die Krisenversorgung von chronisch psychotischen Menschen am Wochenende und in der Nacht. Im Ergebnis erzeugt die rein gewinnorientierte TTIP-Systemlogik ein Bündel aus Unterversorgung, Fehlversorgung und Überversorgung.

Die Entwicklung der Krankenhauslandschaft liefe unter TTIP im wahrsten Sinne des Wortes „planlos“. Die Folgen tragen in gesundheitlicher Hinsicht die Bürger*innen und Patient*innen, in fiskalischer Hinsicht die Steuer- und Beitragszahler*innen, die die Folgekosten einer Rosinen pickenden Angebotspolitik zu tragen haben. Zum Beispiel bei steigenden Kosten für Pflege, Eingliederungshilfe und allgemeine Sozial- und Jugendhilfe.

Schon die Märkte für Glühbirnen, Kühlschränke und Finanzderivate haben gezeigt, dass ein deregulierter Markt allein nachhaltige Ziele und Interessen der Bevölkerung nicht sicher stellen kann. Wie viel mehr muss dies gelten, wenn man das Menschenrecht Gesundheit dem freien Markt überlässt!

Zugegeben, manche Kommentator*innen aus Washington, Brüssel und Berlin halten das für ein überzeichnetes Zerrbild. Es passe in die angebliche Panikmache um TTIP, nicht aber zu den Vertragsentwürfen. Die Vertragstexte schließen solche Bedrohungen nicht definitiv aus. Doch warum definiert man keine Positivliste von Waren und Dienstleistungen, die marktliberalisiert werden sollen? Und warum schließt man im Gegenzug nicht explizit die Bereiche kommunaler Daseinsfürsorge wie die Sozial- und Gesundheitsfürsorge aus? Fehlt der politische Wille? Wollen Lobbyist*innen Hintertürchen für „Anpassungen“ offen halten, wenn das Vertragswerk erst einmal unterzeichnet ist? Will man schon jetzt Hebel im Vertragswerk einbauen für spätere Musterklagen von Konzernen?

Wir sehen: Skepsis gegenüber TTIP im Gesundheitsbereich ist kein Ausdruck von Panik, sondern das Gebot allererhöchster Vorsicht und Weitsicht. Auf dem Spiel stehen jahrzehntelang mühevoll aufgebaute Gesundheits- und Qualitätsstandards, die Entmachtung demokratischer Steuerungshoheit und nicht zuletzt die Gefahr der Unumkehrbarkeit und Erpressbarkeit: Nationale politische Fehlentscheidungen können durch Gesetze immer wieder korrigiert werden, internationale Verträge nur bei Zustimmung der Vertragspartner!

PD Dr. Meinolf Noeker

ist Landesrat für Krankenhäuser und Gesundheitswesen im Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster.

Die Ausführungen stellen die persönliche Meinung des Autors dar.



Bis zum 14. April war sie Landtagsabgeordnete der GRÜNEN, seit dem 15. April ist sie Dezernentin für Kinder, Jugend und Schule in Dortmund:

7 FRAGEN AN DANIELA SCHNECKENBURGER

Dein Büro liegt im Stadthaus ganz oben – genießt du nun beste Aussichten auf Dortmund?

Ja, klar, die Aussicht ist sehr gut. Mehr noch genieße ich die Einsichten in viele ganz konkrete Projekte und die Freude, die es macht, dem Leben in der Stadt wieder ganz nahe zu sein.

Deine Düsseldorfer Schwerpunkte hießen Wirtschaftspolitik und Bau- und Wohnungspolitik. Was bringst du aus dieser Zeit für die Aufgabe als neue Dezernentin für Kinder, Jugend und Schule mit?

Die Jahre in Düsseldorf, also der Landespolitik, empfinde ich gerade jetzt als sehr wertvoll. Komplexe Prozesse mit zu verantworten und zu steuern, wie das in einer Regierungskoalition in der Verantwortung des Fraktionsvorstandes tägliches Geschäft ist, hat mir sehr bei der Vorbereitung auf meine jetzige Aufgabe geholfen. Entscheidungen vorbereiten, abstimmen, sie zu kommunizieren – das ist eben das Handwerkszeug, das auch eine Dezernentin täglich braucht. Und daneben habe ich einen neuen Blick auf Stadtentwicklung gewonnen, der mir gezeigt hat, dass keines unserer Aufgabenfelder alleine im Stadtviertel arbeiten kann: die Bildungspolitik und Jugendpolitik nicht ohne eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, nicht ohne die Zivilgesellschaft, nicht ohne Unterstützung auch aus Unternehmen...

Die ersten 100 Tage laufen noch; dennoch ein paar Einschätzungen: Wo siehst du schwierige Baustellen?

Wir haben schwierige Aufgaben vor uns: Zuwanderung und Integration werden

in Dortmund zusammen gedacht – das ist ein riesiger gesellschaftlicher Fortschritt gegenüber der Situation, wie wir sie Anfang der neunziger Jahre erlebt haben. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen: Integration muss auch gelebt und gestaltet werden. Das gilt insbesondere für die Flüchtlings- und Zuwanderungskinder. Sie brauchen Zugang zu Bildung, zu Betreuung, ihre Familien brauchen Unterstützung. Da ist viel zu tun: sich für neue Lehrer*innenstellen einsetzen, Räume für neue Betreuungs- und Bildungsangebote schaffen, niedrigschwellige Zugang ermöglichen. Und gleichzeitig müssen wir das Jugendamt organisatorisch weiterentwickeln und Wege suchen, wie wir wachsende Aufgaben mit nicht im gleichen Maße mitwachsenden Mitteln effizient und im Interesse der Kinder bewältigen. Eine schwierige Aufgabe, gerade auch für die Mitarbeiter*innen.

Du warst 14 Jahre Lehrerin an einer Gesamtschule. Hilft dir das bei deinem Blick auf Bildung?

Zum Teil. Ich glaube, ich kann mit Glaubwürdigkeit über Schule und Unterricht von innen sprechen. Als Mutter habe ich zugleich den Blick von außen. Bei kommunaler Bildungspolitik geht es allerdings eher darum, Strukturen zu entwickeln, die Rahmenbedingungen für guten Unterricht schaffen können, zu vernetzen, dafür zu sorgen, dass Bildung eben nicht nur Aufgabe von Schule ist. Da ist in Dortmund schon vieles sehr gut begonnen worden, was es weiterentwickeln gilt.

In deinem Aufgabenbereich gibt es über 2000 Beschäftigte – wie willst du sie alle kennen lernen?

Oh, das ist keine leichte Aufgabe... Ich bitte um Verständnis dafür, dass das ein längerer Prozess sein wird. Neben dem ganz konkreten Tagesgeschäft bin ich dabei, mir „Inseln der Erkenntnis“ in den vielfältigen Aufgabenfeldern zu erobern, indem ich viele Gespräche führe, mir die ganz konkrete Arbeit der Mitarbeiter*innen in den Fachbereichen vorstellen lasse – und mich so mitnehmen lasse, in jahrelange Erfahrungen und tiefe Einblicke, die die Kolleg*innen gewonnen haben.

Du folgst im Amt auf Waltraud Bonekamp, die zuvor als GRÜNE acht Jahre dieselben Aufgaben bearbeitete. Was hat sie dir mit auf den Weg gegeben?

Wir sind uns an der Wegkreuzung nicht mehr begegnet ... zwischen ihrem Amtsende und meinem Amtsantritt lagen einige Wochen, leider waren die Abläufe so. Das ist schade, ermöglicht aber auch einen ganz unverstellten und ungeprägten Blick.

Als Abgeordnete in Düsseldorf warst du im Kreisverband Dortmund ständig präsent. Werden wir dich dort nun seltener sehen?

Nu ja, ich bin definitiv keine Abgeordnete mehr – aber natürlich weiterhin ein politischer Mensch. Und meine Meinung zu Themen und Debatten bringe ich natürlich gerne ein – immer wenn es die Zeit erlaubt ...

Na dann, alles Gute und viel Erfolg!



BRIEF AUS BERLIN

Liebe Leserinnen und Leser,

als langjähriges Mitglied im Deutschen Bundestag hat man sich irgendwann ein dickes Fell zugelegt. Empörte man sich über jede missliebige Äußerung der politischen Gegner, käme man aus dem Ärgern gar nicht mehr heraus. Manchmal erlebe ich aber dann doch, wie bei einer Plenardebatte die Wut aufsteigt. Vor kurzem war es mal wieder soweit. Anlass und Ort des Geschehens: Eine von allen Fraktionen vereinbarte Debatte im Plenum des Deutschen Bundestags zum Tod von mehr als 1000 Flüchtlingen im Mittelmeer an einem einzigen Wochenende.

Der Innenminister Dr. Thomas de Maizière eröffnet die Debatte mit einer Schilderung persönlicher Eindrücke, er wirkt zunächst nachdenklich. Dann aber spricht er plötzlich von Dingen, die mit der Tragödie im Mittelmeer nichts zu tun haben. Er erzählt von einer Serbin, die sich als Syrerin ausgibt, um Asyl zu erhalten. Von einem jungen, wiederholt straffälligen Tunesier, von Kosovoflüchtlingen und der Überforderung Duisburgs mit Armutsmigranten aus Bulgarien und Rumänien. Was in aller Welt – so frage nicht nur ich mich in diesem Moment – haben denn diese Zuwanderungsprobleme mit dem grausigen Tod durch Ertrinken von mehr als tausend Menschen zu tun? In einer Debatte, in der es um Fluchtursachen, das Geschäft der Schlepper mit dem Schiffbruch und um Seenotrettung gehen sollte, taucht auf einmal der südosteuropäische Zuwanderer aus EU-Mitgliedstaaten (!) auf. Perfider kann man nicht davon abzulenken versuchen,

dass es die Abschottungspolitik der Europäischen Union ist, die verzweifelte Menschen dazu treibt, kriminellen Geschäftemacher*innen ein Heidengeld für eine lebensgefährliche Überfahrt ins Ungewisse zu zahlen.

Dabei war der massenhafte Tod im Mittelmeer ein Tod mit Ansage. Hilfsorganisationen, die Behörden in Süditalien und Malta sowie nicht zuletzt wir GRÜNE haben davor gewarnt, dass das Ende des Rettungsprogramms mit dem Namen „Mare Nostrum“ zu neuen katastrophalen Schiffbrüchen führen wird. Die EU-Grenzschutzagentur „Frontex“ hat selbst klargestellt, wofür sie sich verantwortlich fühlt: „Frontex ist für die Überwachung der Grenzen zuständig und hat nicht den Auftrag, Flüchtlinge zu retten“, sagte ihr Vizedirektor vor einigen Monaten im Interview. Selbst der Verband Deutscher Reeder richtete sich in einem dramatischen Appell an die Bundesregierung: „Unsere Besatzungen sehen die Menschen sterben, sie ertrinken vor unseren Augen oder erfrieren an Bord.“ Der Frontex-Operativdirektor hingegen forderte das italienische Innenministerium auf, keinen Notrufen außerhalb der 30-Meilen-Zone nachzukommen. Die zynische Logik dahinter: Je mehr Flüchtlinge gerettet werden, desto mehr kommen nach. Der Tod durch Ertrinken als Abschreckung.

Sicherlich ist es richtig, dass Europa nicht alle Fluchtbewegungen auffangen kann. Dieses Argument mutet allerdings seltsam an, wenn man weiß, dass der Vier-Millionen-Staat Libanon mindestens eine Million syrische Flüchtlinge versorgen muss und ebenso wie Jorda-

nien unter dem Druck zusammenzubrechen droht. Genauso ist es richtig, dass die Fluchtursachen gerade in Afrika vielschichtig sind und letztlich nur in den Ländern selbst abgebaut werden können. Aber wir alle wissen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Veränderungsprozesse in diesen Ländern Jahre oder gar Jahrzehnte dauern. Soll Europa solange jedes Jahr zehntausende Tote im Rahmen einer Abschreckungsstrategie in Kauf nehmen? Ich meine: Europas Werte dürfen nicht im Mittelmeer untergehen! Nötig ist eine neue, realistische und humane Flüchtlingspolitik in der EU.

Erstens muss es um die Rettung von Menschen in Seenot gehen. Dazu ist eine EU-Mission notwendig, die mindestens den Umfang und die Standards von „Mare Nostrum“ aufweist.

Zweitens dürfen Flüchtlinge nicht auf die gefährliche Mittelmeerroute gezwungen werden. Das geht nur, wenn es rund um die Herkunftsländer legale Möglichkeiten gibt, nach Europa zu gelangen. Ein solches europäisches humanitäres Kontingent muss groß genug sein und somit in einem sechsstelligen Bereich liegen, um den Anreiz zu schaffen, zumindest bis zur legalen Ausreise im Herkunftsgebiet zu bleiben und sich nicht Schleppern auszuliefern. Eine „Europäische Agentur für Einwanderung“ mit Niederlassungen in den wichtigsten Transitländern sowie in einigen Herkunftsstaaten könnte humanitäre Visa ausstellen. Wenn die Identität in Kooperation mit diesen Staaten bereits jenseits des Mittelmeers festgestellt werden kann, kann auch die Einreise von



Kriminellen oder Bürgerkriegskämpfern verhindert werden. Auch wenn legale Fluchtwege und Zuwanderungskontingente sicher nicht in unbegrenzter Zahl geöffnet werden können, so stellt doch die Öffnung die einzige Möglichkeit dar, Schleppern und Menschenhändlern den Geldhahn zuzudrehen. Das Schlepperwesen basiert zu großen Teilen auf organisierter Kriminalität, die erwiesenermaßen zu den Geldquellen von Terrorismus und Dschihadismus zählt. Im ureigenen Sicherheitsinteresse der EU müssen diese Profite so schnell wie möglich unterbunden werden. Statt Tausende von Euro an illegale Fluchthelfer zu zahlen, könnten Gelder der Verwandten für Bürgschaften, Flugtickets etc. aufgewendet werden.

Drittens schließlich muss Europa mittel- und langfristig die Flüchtlingspolitik neu denken. Die Dublin-Regeln (der Erstaufnahmestaat bleibt für „illegale“ Flüchtlinge und deren Abschiebung verantwortlich) funktionieren in der Gegenwart faktisch nicht. Als Ersatz für die Dublin-Regeln brauchen wir eine EU-weite Neuregelung, die die Verteilung von Flüchtlingen gerecht und solidarisch regelt. Dazu braucht es einen gerechten und solidarischen Verteilungsschlüssel (aus Kennzahlen wie Bevölkerungszahl und Bruttoinlandsprodukt), ein gemeinsames europäisches Asylverfahren und europäische Erstaufnahmezentren. Es ist Zeit, zu handeln!

Grüße aus Berlin

Markus Kurth

Markus Kurth ist Mitglied des Deutschen Bundestags.



Ein Grund zum Feiern! Das Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) wurde im Landtag NRW entschieden.

Das Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr wurde am 29. April 2015 mit breiter Mehrheit im Landtag abgestimmt und hat so nach jahrelangen Verhandlungen einen erfolgreichen Abschluss gefunden. Als kommunalpolitischer Sprecher der GRÜNEN im Landtag war ich federführend an der Erarbeitung des RVR-Gesetzes beteiligt.

Ich freue mich nicht nur als ehemaliger Fraktionssprecher der GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund und als langjähriges Mitglied im RVR über diese politische Weichenstellung, sondern auch als Bürger des Ruhrgebiets: Dass wir GRÜNE diese Gesetzesnovellierung viele Jahre zäh im Landtag und im RVR verfolgten, war richtig. Die Ruhr-Region und ihre Bürgerinnen und Bürger haben lange darauf gewartet und werden von der Stärkung der regionalen Strukturen nachhaltig profitieren. Damit wird die Idee der Metropolregion Ruhr wieder mit neuem Leben gefüllt.

Mit dem neuen RVR-Gesetz wird die interkommunale Zusammenarbeit der Städte und Kreise in der Metropole Ruhr deutlich erleichtert. So können wertvolle Synergieeffekte entstehen. Die verbesserten Möglichkeiten der Kooperation auf kommunaler Ebene – unter dem Dach des RVR – bieten die große Chance, die klammen Haushalte der Ruhr-Kommunen zu entlasten. In Zukunft könnten beispielsweise durch die Bündelung des Vermessungs- und Katasterwesens oder die gemeinsame Bewirtschaftung der

städtischen Wälder und RVR-Forstgebiete erhebliche Summen eingespart werden. Um diese Potentiale zu nutzen, muss das Kirchturmdenken der „städtischen Fürsten“ endlich beendet werden. Das Motto „Wir machen alles alleine“ ist von vorgestern. Andere Regionen, wie die Rhein-Main-Region, haben uns längst vorgemacht, wie gut eine enge Kooperation auf kommunaler Ebene funktionieren kann.

Neben den erweiterten Aufgaben des RVR hat der Landtag NRW auch entschieden, dass ab 2020 das Ruhrparlament direkt gewählt wird. Damit wird man dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger an der Ruhr gerecht und steigert mit der Direktwahl die Legitimation des regionalen Gremiums. Die Entscheidung des Landtages ist ein wichtiges Signal an die Menschen im Ruhrgebiet. Sie merken nun, dass sie auf Landesebene als Wachstumsregion wahrgenommen werden. Das wird das Selbstbewusstsein der Region steigern und innovative Ideen der Menschen im Ruhrgebiet fördern.

Im Vorfeld der Diskussion um die Stärkung des Ruhrgebiets gab es aus anderen nordrhein-westfälischen Regionen auch skeptische Stimmen. Man befürchtete, dass die Stärkung der Metropolregion Ruhr zur Schwächung der anderen Gebiete führen könnte. Doch diese Zweifel werden bald über Bord geworfen werden. Denn am Ende ist ein starkes Ruhrgebiet ein Gewinn für alle in NRW.

Mario Krüger ist Mitglied des Landtags.

TERMINE

MI 16. SEPTEMBER ab 19 Uhr,

-> AG LANDESPOLITIK mit Mario Krüger (MdL)
Kreisgeschäftsstelle, Königswall 8

SA 26. SEPTEMBER

-> GRÜNES (Spät)Sommerfest
Café Durchblick im Westfalenpark
Florianstraße 2-4 (am Westfalenpark)



Sabine Jockheck
* 8. Juli 1968
† 24. März 2015

Manfred Jockheck
* 7. März 1949
† 24. März 2015

Liebe Sabine und lieber Manfred!

Es ist für uns noch immer nicht fassbar, was mit Euch beiden am 24. März 2015 durch den Flugzeugabsturz in den französischen Alpen geschehen ist. Und es erfüllt uns mit Entsetzen, wenn wir daran denken, was Ihr in den letzten Minuten Eures Lebens erleiden musstet.

Unser Mitgefühl ist bei Eurer Familie, besonders bei Euren Töchtern und Eurem Sohn, für die sich mit dieser unbegreiflichen und mörderischen Tat das Leben unwiderruflich aufs Grausamste verändert hat.

Unbegreiflich ist auch, dass wir Euch beiden nicht mehr begegnen werden und nicht mehr zusammen mit Euch für eine gute Zukunft kämpfen können.

Wir danken Euch beiden für Eure Hilfsbereitschaft und Euren unermüdlichen Einsatz für alles, was es zu verändern gilt. Wir danken Euch, dass Ihr in der Bezirksvertretung Mengede herausragende Arbeit für den Stadtbezirk geleistet habt; du Manfred, als stellvertretender Bezirksbürgermeister, und du Sabine, als Mitglied der Bezirksvertretung.

Euch zu ehren und Euch zu danken heißt für uns, in diesem Sinne weiter für das zu arbeiten, was Euch beiden wichtig war. Auch deshalb werden wir für Euch ein Bäumchen pflanzen – im Heimatwald, für den Ihr beide Euch so sehr eingesetzt habt.

Wir werden Euch nicht vergessen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dortmund

für den Kreisvorstand
Hilke Schwingeler
Remo Licandro

für den OV Mengede
Oliver Kraus
Karsten Hoch

für die Ratsfraktion
Ingrid Reuter
Ulrich Langhorst

Aufnahmeantrag

Ja! Ich will Mitglied in der Partei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden.

Vorname _____ Name _____

Straße _____ Nr. _____

PLZ _____ Ort _____

Telefon _____ Mobil _____

E-Mail _____ Fax _____

Geburtstag _____ Geschlecht _____

Staatsangehörigkeit _____ Beruf _____

Ich zahle einen Monatsbeitrag in Höhe von _____ EUR*
Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus

Ich bin damit einverstanden, Einladungen und Infos
vornehmlich per E-mail statt per Post zu erhalten.

Das spart Zeit und Geld (bitte ankreuzen):

Ja Nein

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezo-
genen Daten gespeichert/verarbeitet werden. Die Nutzung
erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z.B. Beitragserhebung oder
Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände
der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die
Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der
Partei z.B. zu Werbezwecken findet nicht statt. Ich bin nicht
Mitglied einer anderen Partei.

Ort/Datum:

Unterschrift:

Einzugsermächtigung

mittels Lastschrift

Der Beitrag wird per Lastschrift eingezogen. Wir bitten um
Erteilung einer Einzugsermächtigung, die natürlich jederzeit
widerrufen werden kann.

Hiermit ermächtige ich

Vorname _____ Name _____

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich mittels Lastschrift
den Mitgliedsbeitrag

monatlich vierteljährlich jährlich

einziehen. Der Betrag geht zu Lasten meines Kontos,

IBAN

BIC

Ort/Datum

Unterschrift

* Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzia-
rung unabhängiger Grüner Politik und guter Serviceangebote für
Mitglieder. Er beträgt in der Regel 1 % des mtl. Nettoeinkommens
für Menschen mit steuerpflichtigem Einkommen.
Beiträge sind übrigens steuerabzugsfähig: Eine Beitragsquittung
(auch über Spenden) versendet die Partei automatisch jeweils am
Anfang des Folgejahres. Auch Mitglieder ohne steuerpflichtiges Ein-
kommen werden gebeten, mindestens 5 EUR im Monat zu zahlen.
Eine Ermäßigung bzw. Erhöhung des Beitrags kann jederzeit beim
örtlichen Kreis-/Ortsverband beantragt bzw. abgesprochen werden.

Vom Kreisverband auszufüllende Angaben:

Die oben benannte Person wurde am _____
im Kreisverband _____
Ortsverband _____
als Mitglied in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufge-
nommen. Die Mitglieds-Nummer lautet _____
Eine Bestätigung an das neue Mitglied erfolgte am _____

Ort/Datum/Unterschrift des Kreis-/Ortsvorstandes



GUTEN TAG, ICH BIN DIE NEUE!

Alter 27; geboren in Dortmund;
Bachelor in Politikwissenschaft

Seit November letzten Jahres lebe ich wieder
in meiner Heimatstadt Dortmund und arbeite
in Teilzeit in der Kreisgeschäftsführung. Dank
der guten Einarbeitung durch meine Vorgän-
gerin Martina und wegen der offenen und
freundlichen Aufnahme durch den Vorstand
und die GRÜNEN Mitglieder in Dortmund
fühle ich mich hier sehr wohl.

Meine ersten GRÜNEN Erfahrungen sammelte
ich während meines Master-Studiums in Flens-
burg als Elternzeitvertretung im Büro von Arfst
Wagner (ehem. MdB) und Rasmus Andresen
(MdL). Neben der Tätigkeit für die Dortmunder
GRÜNEN bereite ich zurzeit meine Master-Ar-
beit vor, die ich thematisch gerne mit GRÜNER
Politik in Europa verbinden möchte.

Ich freue mich, euch kennen zu lernen
und mit euch zusammen zu arbeiten!

Kim Plätz

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: montags von 11.00 bis 15.00 Uhr
donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Kim Plätz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax.: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Ansprechpartner*innen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de



EIN GROSSER STRAUSS SONNENBLUMEN

Wir wollen MARTINA MÜLLER, unserer politischen Kreisgeschäftsführerin (noch nicht ganz „a. D.“) danken. Sie hat die Arbeit des Kreisverbandes in den letzten Jahren erheblich unterstützt und mit geprägt.

Es gibt vermutlich niemanden im Kreisverband, der nicht mal mit ihr Kontakt hatte. Jeder hat bestimmt ein oder zwei Momente vor Augen (mindestens), wo gemeinsam mit Martina eine politische Aktion durchgeführt wurde, wo im Sinne der Sache politisch gestritten wurde, wo kreative Ideen weiterentwickelt und umgesetzt wurden. Nicht zuletzt dank ihrer reichen, politischen Erfahrung, ihres Organisations Talents und ihrer Beharrlichkeit hat der Dortmunder Kreisverband, so glauben wir sagen zu können, politisch Kurs gehalten.

Liebe Martina,

wir danken Dir für Deine Arbeit und Deinen Einsatz für den Dortmunder Kreisverband. Und wir wünschen Dir auch hier schon mal für Deinen weiteren Weg beruflich und privat alles Gute und viel Erfolg.

Der große Abschied folgt bei unserem „Spätsommerfest“. Das bietet allen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden nochmal die Gelegenheit, alle möglichen Erinnerungen aufleben zu lassen und Dir persönlich für alles zu danken.

(Man möge sich als anvisierten Termin für das „Spätsommerfest“ schon mal den 26. September 2015 notieren. Eine Einladung an alle kommt.)

Hilke und Remo

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (Titel, 2 [Tomaten], 3, 4, 5, 6, 7, 8 [2x], 9, 10, 14, 16, 18 [o.], 19, 20 [o.]), GRÜNE Dortmund (2 [Portrait], 15, 20 [Portrait]), Public domain (12/13, 17, 20 [Sonnenblumen]), Wolfgang Kappmann (18 [u.])

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT, GRAFIK: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Brasse & Nolte, Dortmund, Juni 2015

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

